Nr. 189: „Zu gezuchnisse und fester stedekeit aller dirre vorgeschreiben dinge so han ich disen brif besigelt“, während die Zeugen nur bekennen: „daz wir durch hede Philips von Isinburg unser ingesigle bi sines an disen brif han gehengin“. Eben daher die oft begegnende Rechtsverwahrung der Zeugen bei der Untersiegelung, vgl. a. a. O. Nr. 275: „des zuo warem urkund han ich im disen offen wilbrief gegeben mit meinem eigen anhangenden insigel versigelten und han gebeten die erbærn etc., daz sie ir insigel zuo dem meinen ouch an diesen brif gehengt haben zuo einer zeugnus der vorgeschriben sach, in selber und iren erben an schaden“. Indem die Untersiegelung im Laufe der Zeit mehr und mehr ausser Uebung kam, gewöhnte sich die Theorie daran, der Unterschrift des Ausstellers die gleiche Bedeutung beizulegen, nur bei brieflichen Abschlüssen wurde consequent daran festgehalten, dass erst der abgesandte Brief eine Willenserklärung enthalte.

R. Schröder.

Alfred Kühnmann, Die Romanisirung des Civilprocesses in der Stadt Bremen (a. u. d. T. Untersuchungen z. deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. v. Gierke, XXXVI.). Breslau 1891, W. Koebner. 104 S. 8°.

Ein schätzenswerther Beitrag zur Rezeptionsgeschichte, hauptsächlich auf bisher ungedruckte bremische Quellen, das Schedebuch (seit 1433) und die Gerichtsprotokolle (seit 1564) gestützt und durch zahlreiche Beispiele aus denselben illustriert. Die von Bürgermeister Krefting ausgearbeitete Stadtrechtsreformation (statuta reformata), die dem römischen Rechte ausdrücklich subsidiäre Geltung zuerkennen wollte, wurde von der Bürgerschaft abgelehnt (1606), doch hat die von demselben Verfasser herrührende Glosse zu dem Bremer Stadtrecht von 1433, der sg. Codex glossatus von 1590, dann 1605—6, einen nicht unbedeutenden romanisirenden Einfluss auf die gerichtliche Praxis gehabt. Eine Nöthigung, sich mit dem gemeinen Reichsrechte bekannt zu machen, entstand für den Stadtrath von Bremen schon durch die zahlreichen politischen Processe, welche die Stadt vor dem Reichskammergerichte zu führen hatte. Mehr und mehr wurde es üblich, nur Rechtsgelehrte als Rathsschreiber anzustellen; die Syndici waren seit 1492 regelmässig graduirte Juristen. Nicht selten trieben die Syndici und Rathsschreiber zugleich eine ausgedehnte Anwaltspraxis, auch wurden sie häufig vom Rathe mit der Conception der Urtheile beauftragt. Das im Jahre 1541 eingesetzte kaiserliche Niedergericht für alle Sachen bis zu 200 Goldgulden war mit zwei oder drei Rathspersonen und einem Rechtsgelehrten besetzt. Die Berufungen gingen vom Niedergericht an den Rath, während die erstinstanzlichen Urtheile des Rathes (in allen Sachen über 200 Goldgulden) der Berufung an das Reichskammergericht unterlagen; solche Berufungen, die älteste von 1530, wurden bald überaus häufig.

Das Berufungsverfahren gestaltete sich von vornherein nach dem Muster des Reichskammergerichtsprocesses, im Uebrigen entsprechen zunächst nur die Actenstücke der Anwälte dem gemeinrechtlichen Verfahren, während das Gerichtsverfahren selbst bis in das letzte Viertel des 16. Jahrhunderts in der Hauptsache noch den deutschrechtlichen Charakter bewahrt; nur von Fall zu Fall greifen die städtischen Gerichte, wie der Verfasser aus einer Reihe interessanter Beispiele nachweist, wo ein Bedarf vorhanden ist, auf die bei dem Reichskammergerichte beobachteten Grundsätze zurück. So hielt man zwar im Allgemeinen an dem mündlichen Verfahren fest, wenn aber in Berufungsfällen die Acten eingefordert wurden, mussten die verlangten Schriftsätze nöthigenfalls nachgeliefert werden. Die Berufungen führten auch dahin, die „Kriegsbefestigung“ genauer zu bestimmen. Die nach dem Stadtrecht unzulässige Widerklage findet Eingang, ebenso die processualische in integrum restitutio. Das altdeutsche Beweisrecht verschwindet, man spricht von Beweislast, Haupt- und Gegenbeweis, dagegen kommen Delation und Relation des Eides erst seit dem 17. Jahrhundert zur Anerkennung. Von besonderer Bedeutung für die Reception wurde die Einführung der Actenversendung und seit 1610 die aus dem Gymnasium illustre in Bremen hervorgegangene Universität.

R. Schröder.

Paul Viollet, *Histoire du droit civil français accompagnée de notions de droit canonique et d'indications bibliographiques*; seconde édition; Paris, L. Larose & Forcel, 1893. p. 942.

In den Jahren 1884 und 1886 veröffentlichte P. Viollet, der gelehrte Bibliothekar der Pariser Rechtsfacultät, die als *précis* bezeichnete Geschichte des französischen Privatrechtes und der Quellen des französischen Rechtes. Noch ehe der Verfasser die hierauf in Angriff genommene Geschichte der politischen und administrativen Einrichtungen Frankreichs, von der ein erster Theil 1890 erschien, vollenden konnte, wurde eine zweite Auflage des erstgenannten Werkes erforderlich. Diese zweite vorliegende Auflage nennt sich mit Recht eine verbesserte und vermehrte; dies gilt sowohl bezüglich des Umfanges wie bezüglich des Inhaltes des Werkes. Und mag man auch über den Werth öffentlicher von Akademien und gelehrten Körperschaften ausgehenden Anerkennungen denken, wie man will, man wird nicht umhin können, darüber seine Befriedigung auszusprechen, dass gerade ein Buch wie dasjenige Viollet's mit dem *grand prix Gobert's* bedacht worden ist.

Seitdem in den französischen Rechtsschulen der Rechtsgeschichte eine intensivere Aufmerksamkeit, denn früher, geschenkt wird, sind eine Anzahl Lehrbücher rechtsgeschichtlichen Inhaltes erschienen. Die Viollet'sche Rechtsgeschichte kann gleichfalls als Lehrbuch bezeichnet werden; dieses umfangreichere Lehrbuch unterscheidet sich aber durch